



Gesundheitspolitik steht für Ruth Tietz allein schon durch ihre lange Zeit als Krankenschwester im Vordergrund. FOTO: MILK

## Ein echter Sozialstaat funktioniert nur, wenn er gerecht und solidarisch ist

Ruth Tietz sieht gerade in den Bereichen der Gesundheits- und Sozialpolitik dringenden Erneuerungsbedarf

Durch die Zeit in ihrem Berufsleben hat Ruth Tietz als Krankenschwester schon immer eine starke Verbundenheit zu Themen in der Gesundheitspolitik gehabt. Sozusagen aus erster Hand hat sie in ihrer täglichen Arbeit die Auswirkungen der Entscheidungen aus Berlin zu spüren bekommen. Selbst politisch aktiv ist sie auch schon länger, war bei der Gründung der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WAsG) 2004 dabei. Die WAsG fusionierte im Juli 2007 mit der PDS zur Partei Die Linke. Großen Handlungsbedarf sieht die Direktkandidatin der Linken demnach auch im Gesundheitssektor: „Wir haben viel zu wenig Pflegepersonal, viel zu viele pflegebedürftige Patienten und es werden immer mehr. Das ist eine Situation, die immer problematischer wird.“ Dadurch, dass die Menschen immer älter

würden und auch viel ambulant gepflegt würde, seien in den Einrichtungen fast nur noch die multimorbiden, also ganz kranken Menschen untergebracht. „Dadurch braucht man eigentlich viel mehr Personal als früher, aber wir haben viel weniger – das kann auf Dauer nicht gut gehen.“ Man gehe als Schwester auch nicht glücklich nach Hause in dem Wissen, dass die Leute nicht vernünftig versorgt seien. Das sei auch ein Grund dafür, dass es bei den examinierten Schwestern eine immer kürzere Verweildauer im Beruf gebe. „Alles läuft auf Hochdruck und Überlastung hinaus“, berichtet Tietz aus eigener Erfahrung. Die Bezahlung sei ein weiterer Faktor, aber in die-

ser Hinsicht habe die Linken-Politikerin schon in ihrer aktiven Zeit als Schwester immer gesagt: „Wir brauchen nicht mehr Lohn, wir brauchen mehr Personal.“ Das mache es natürlich auch schwierig eine Ausbildung in diesem Berufsfeld schmackhaft zu machen. Das müsse sich ändern.

„Wir haben viel zu wenig Pflegepersonal, viel zu viele pflegebedürftige Patienten und es werden immer mehr. Das ist eine Situation, die immer problematischer wird.“

Tietz hat auch eine Idee, wie: „Es schreien immer alle: ‚Wie will die Linke das bezahlen?‘ Wir würden zum Beispiel sämtliche Auslandseinsätze der Bundeswehr sofort

aussetzen und das Geld in ein Sofortprogramm für das Gesundheitssystem stecken.“ Außerdem müsse das Krankenversicherungssystem grundlegend geändert werden, die Beitragsbemessungsgrenze etwa gehöre abgeschafft. „Das heißt, jeder zahlt ein, wenn ich Millionen verdiene, zahle ich auch von den Millionen ein, das ist nur gerecht und solidarisch“ sagt Tietz. Am besten wäre es, wenn es nur noch eine gesetzliche Krankenkasse gebe. „Private Kassen dürfte es schon noch geben. Wer das Geld hat, darf ja ruhig im goldenen Bett im Krankenhaus residieren, solange die übrigen Menschen eine ordentliche Versorgung haben.“ Dieses System der Gesundheitsversorgung gehöre zu-

dem in staatliche Hand, fordert die Politikerin der Linken. Nur so könne eine gerechte und umfassende Fürsorge gewährleistet werden. Für die Rente könnte sich Tietz ein ähnliches Modell vorstellen, es müsse einen staatlich zugesicherten Mindestrentenbetrag geben, von dem man im Alter überleben kann. Der Verantwortung für die älteren Menschen müssten sich Politik und Staat bewusst sein und dieser Fürsorgepflicht nachkommen.

Dasselbe gelte übrigens für Bereiche wie den öffentlichen Personennahverkehr oder die Wasserversorgung. Mit der Rückverstaatlichung müsse dazu beigetragen werden, die Grundbedürfnisse der Menschen aus öffentlicher Hand bedienen zu könne. Darüber hinaus sei es ohnehin ein falscher Schritt gewesen, etwa die Bahn zu privatisieren. „Da hat die Regierung etwas ver-



kauft, was eigentlich uns, also den Bürgern gehört, ohne uns zu fragen. Gleiches gilt, wenn Autobahnen verkauft werden sollen.“ Solche Entscheidungen erforderten eigentlich einen Volksentscheid. Für dieses direkte Mittel der Demokratie wünscht sich Tietz einen häufigeren Einsatz: „Wenn die Menschen dann sagen, dass sie die Autobahn oder die Eisenbahn verkaufen oder verpachten möchten, dann ist das etwas anderes.“ Den Menschen bewusster zu machen, was sich aus Politik für Konsequenzen ergeben und sie an den Entscheidungen aktiver teilhaben lassen, sind nach Ansicht der Direktkandidatin der Linken gute Mittel, um die Bevölkerung wieder zu aktivieren. Die Entscheidung der Menschen müsse man dann eben akzeptieren. Ginge es nach Ruth Tietz, sind diese Geschäfte, in denen staatliche Güter an Privatunternehmen veräußert werden nicht zu begrüßen. In Bönen etwa baue man zwar zusammen mit einem Discounter das Rathaus, kaufe es dann aber. „Ich hatte das schon vorgeschlagen, da war Eßkuchen noch Bürgermeister, da lachten alle. Dann kam der neue Bürgermeister und hat das vorgeschlagen, dann war das nicht mehr witzig und wurde durchgeführt.“

Dass häufig Ideen der Linken zunächst verlacht würden, aber später von einer anderen Partei selbst aufgelegt werden, kennt die Linken-Politikerin auch schon. „Das ist schon mit dem Mindestlohn so gewesen, wir hatten als erste die Idee, da waren wir noch die WASG.“ Vorsichtig sei man derzeit noch beim Grundeinkommen, da Tietz befürchtet, dass es auch bei einem bedingungslosen Grundeinkommen Mittel und Wege gebe, wie sich die Summe dann so drücken ließe, dass letztlich weniger übrig bleibt als heute von Hartz IV. Die Linke habe schließlich noch nicht die Mehrheiten, um ein vernünftiges Modell durch-

zubringen. Besonders, wenn es um das Schlagwort Industriepolitik 4.0 geht, rechneten Experten laut Statistiken schließlich damit, dass sich durch die Umstrukturierungen in diesem Sektor die Arbeitslosenzahlen enorm erhöhen werden. Was diese Entwicklung angeht, sieht Tietz aber noch keinen dringenden Handlungsbedarf, zumal sich die Industriestandards durch mangelhaften Breitbandausbau noch länger verzögern dürften. „Was die Infrastruktur angeht, sind wir teilweise noch so vorsintflutlich ausgestattet, dass das in der kurzen Zeit überhaupt nicht machbar ist.“ Dasselbe gelte für Elektroautos, was grundlegend eine schöne Idee sei, gehe einerseits aus finanziellen Gründen an der Masse der Menschen bislang vorbei, auf der anderen Seite müsse man sich schon jetzt überlegen, wie und wo die Akkus für die Fahrzeuge hergestellt würden.

Man dürfe am Ende nicht zu lasten der Menschen in den Entwicklungsländern, aus denen nun mal die Rohstoffe für viele moderne Technologien stammen, handeln. „Unser ‚Reichtum‘, Reichtum in Führungsstrichen, denn nicht

„Unser ‚Reichtum‘, Reichtum in Führungsstrichen, denn nicht jeder hat ihn, es gibt auch hier Armut, basiert immer noch auf der Ausbeutung der Entwicklungsländer.“

jeder hat ihn, es gibt auch hier Armut, basiert immer noch auf der Ausbeutung der Entwicklungsländer.“ Die Kriege, die dort auch unter deutscher Beteiligung geführt würden, seien zu weiten Teilen einer unmenschlichen Gier geschuldet und die USA sei nicht alleine Schuld daran. Deutschland sei auf dem besten Wege, sich in einen USA-ähnlichen Zustand zu

entwickeln, „wo die Leute an der brennenden Tonne stehen, um sich zu wärmen, keine Arbeit haben und mit einer albtraumhaften Kriminalitätsrate. Ich kann mir nicht vorstellen, dass einer in Deutschland das für erstrebenswert hält.“ Um dieses Szenario abzuwenden, brauche es unbedingt kostenlose Bildung und Chancengleichheit. Gleichmaßen müssen die Menschen wieder zu aktiveren Bürgern werden, zumindest durch

das Wählen. Man müsse die Leute mobilisieren und daran erinnern, dass sie mit ihrer Stimme

doch etwas verändern können. „Zum Beispiel, wenn sie die Linke wählen, und die Linke würde so stark werden, dass sie im Parlament eine Rolle spielt. Dann würde unser Staat automatisch wieder sozialer und wieder dorthin zurückkehren, wo unser Sozialstaat einmal war“, sagt Tietz. Woran es liegt, dass die Linke parteipolitisch nicht die große Rolle spielt, sieht die Direktkandidatin vielleicht etwa darin begründet, dass die Menschen dabei immer noch an die DDR denken. „Aber keiner von den Linken würde sich wünschen in der DDR zu leben“, betont Tietz.

Das Wählen gehen, welche Partei dann die Stimme auch immer bekommt, müsse als Motivation von innen heraus wieder geweckt werden.

## Ruth Tietz

**DIE LINKE.**

Geboren am: 17. August 1959  
 Wohnt in: Bönen  
 Familienstand: verheiratet  
 Beruf: Krankenschwester in Rente  
 In der Partei seit: 2007 vorher WASG

